

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Nationales Nachrichten- und Anzeigenblatt für die Oberamtsbezirke Nagold, Calw, Freudenstadt und Neuenbürg

Wagners: Monatl. d. Post A 1.20 einchl. 18 S. Beförd.-Geb. zur. 26 S. Zustellungsgeb.; d. Ag. A 1.40 einchl. 20 S. Aussträgergeb.; Einzelz. 10 S. Bei Nichterhalten der Zeit inf. höh. Gewalt od. Betriebsstör. befreit kein Anspruch auf Lieferung. Druckanschrift: Tannenblatt, / Fernruf 321.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzeile oder deren Raum 5 Pfennig. Text- millimeterzeile 15 Pfennig. Bei Wiederholung oder Mengenschluß Nachlaß nach Preisliste. Erfüllungsort: Mittensteig. Gerichtsstand Nagold.

Nummer 9

Mittensteig, Montag, den 13. Januar 1936

59. Jahrgang

Jahrestag des Saarabstimmungsieges

Von Rudolf Kurth.

Unverkennbar sind in unser Gedächtnis eingetragene die Ereignisse am Vorabend und am Tage des 13. Januar 1935, an dem das Saargebiet das Bekenntnis zur deutschen Mutter ablegte. Ein Feuertranz war um die Grenzen des Saargebietes gelegt, die einst Siegerwillkür gezogen hatte. Von Höhe zu Höhe, von Kuppe zu Kuppe leuchteten die Flammenzüge hinein in das Gebiet Deutschlands, dem eine aufgezwungene Verwaltung und Regierung jede Kundgebung verbot. Wie ein verheißungsvolles Symbol glühte die ganze Nacht vor der Abstimmung hindurch das Kreuz auf dem Turme der Wartburg in mildem Glanz. Es war, als ob es spräche: Seid geduldig und getrost, harret aus in dieser letzten Spanne der Prüfung, denn dann kehrt ihr wieder heim ins Reich.

Der 13. Januar verlief im Saargebiet als der Tag des Schweigens. Eine aus Nichtdeutschen bestehende Regierung, in der nur ein einziger Saarländer geduldet wurde, bestimmte in ihrer Mehrheit, daß jede auch noch so leise und harmlose Befundung der deutschen Blutszugehörigkeit eine unzulässige Wahldemonstration bedeute. So kam es, daß der Abstimmungstag selbst lautlos vor sich ging. Aber gerade dieses Schweigen dröhnte gewaltig in den Ohren derer, die etwas anderes erwarteten. Sprachen es die verschlossenen Lippen nicht aus, konnte man es doch von ihnen ableiten, daß sich hinter ihnen ein einziges Wort formte: Deutschland!

Dem Tag des Schweigens folgten Tage des Jubels. Ein Jahr ist vergangen und dennoch ist es uns allen genau so, als wäre es heute, als in der neunten Morgenstunde des 15. Januar der Präsident der Abstimmungskommission das Ergebnis verkündete, das ein übereinstimmendes Bekenntnis zu Deutschland war. Haben wir nicht noch den Klang der Worte im Ohr, mit denen der Reichskommissar Gauleiter dem Führer nach Verlesung des freudigen Kundes übermittelte und das Saargebiet in die treue Obhut seiner Hände übergab? Und ebenso zittert in uns auch heute noch die Bewegung der Rührung nach, mit der der Führer die wiedergewonnenen Brüder und Schwestern im neuen Deutschen Reich begrüßte. Wenige Wochen darauf am 1. März übergab der Völkerverbund formell und tatsächlich das Saargebiet in den Bereich der deutschen Hoheit und Verwaltung zurück. Am Mittag des gleichen Tages erfahen der Führer selbst in Saarbrücken und bekräftigte durch seine Anwesenheit und seine Worte den neuen unzerstörlichen Bund.

Deutscher Wille zur Gemeinschaft und Treue zum Vaterland haben die Grenzen zerklüftet, die weltfremder Siegedünkel willkürlich durch deutsches Land zog. Geschichtlich gesehen war die Abstimmung vom 13. Januar mehr als ein reines Wahlgerechtsame oder als eine Formalie. Sie war die Liquidation des Versailles Vertrages hinsichtlich der Bestimmungen, die deutsche Lande und deutsche Volksteile zeitweilig vom großen Mutterreich losriß. Das Bekenntnis des Saargebietes zu Deutschland hat den Weg endgültig freigemacht zu der Vervollständigung der Reichsreform, die naturgemäß nicht vorgetrieben werden konnte, solange ein so großes und wichtiges Glied am deutschen Volkskörper noch fehlte. Nun war endlich alles wieder vereint innerhalb der Grenzen, die Deutschland nach Versailles verblieben waren. Mit der Heimkehr der 800 000 Saarländer wurde das deutsche Volk wieder 67 Millionen stark, die Aufbauarbeit des Dritten Reiches geht von diesem Tage ab allen Deutschen.

Seitdem ist ein Jahr nach dem Siegestage und mehr als drei Vierteljahre nach der Rückgliederung vergangen. War die verwaltungstechnische Eingliederung in das Reich verhältnismäßig einfach, verurteilte die rechtliche und wirtschaftliche Einschmelzung naturgemäß eine Fülle von Schwierigkeiten. Man darf nicht vergessen, daß das Rechtssystem des Saargebietes auf dem Stand von 1918 verblieben war. Deshalb konnte der Abbau und Umbau nur vorfristig und behutsam erfolgen. Auch mußten längere Uebergangszeiten gefestigt werden. Noch größer waren die wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Allein 80 000 Arbeitslose mußten vom Reich übernommen und betreut werden. Das ist geglückt ist, bis zum 1. Januar die Hälfte wieder in den Arbeitsprozeß einzugliedern, ist ein Beweis für die großzügige Fürsorge, die das Reich den wiedergewonnenen Volksgenossen angedeihen ließ. Der Uebergang von der Frankenwährung zur Reichsmarkwährung war ebenfalls nicht einfach, ist aber gelungen. Die Saarwirtschaft, die in den 16 Jahren der Loslösung von der deutschen Gesamtwirtschaft auf andere Verkehrs- und Abfuhrwege angewiesen war, konnte naturgemäß sich nicht vom einen auf den anderen Tag umstellen. Doch ist sie aus dem Kergest heraus, auch hier wird der Uebergang in absehbarer Zeit sein Ende gefunden haben. Die kulturelle Angleichung hat durch die Aufstellung eines eigenen Senders in Saarbrücken sichtbaren Ausdruck gefunden.

Noch sind die letzten Folgen der Zwangsabtrennung nicht überwunden. Kein anderer als der Führer selbst hat am 1. März in Saarbrücken zur Geduld und zum Ausbarren aufgefordert. Deshalb enthält die Feier des Jahrestages der hehrreichen Abstimmungsentscheidung die erneute Mahnung an alle Deutschen im Reich, den deutschen Brüdern und Schwes-

tern an der Saat auch weiterhin zu helfen. Und so lautet das mit diesem Gelöbnis auf den Lippen und in den Herzen der Jubel sein, mit dem wir die erste Wiederkehr des ewig denkwürdigen Tages feiern. 1935 ein Tag des Schweigens — 1936 ein Tag der Freude! Der 13. Januar ist und bleibt ein Mahnmahl deutscher Treue.

Zusammenarbeit im Dienste der Verständigung

Erste Veranstaltung der Deutsch-Englischen Gesellschaft

Berlin, 12. Jan. Die Deutsch-Englische Gesellschaft hielt am Samstag ihre erste Mitgliederversammlung ab. Aus diesem Anlaß hatte der Präsident der Gesellschaft, Herzog von Koburg-Gotha, zu einem Empfang geladen. Ein Abendessen im Verloren von Deutschland vereinte die Gesellschaft und ihre Gäste. Der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, ehrte hierbei die Gesellschaft und ihre Bestrebungen durch seine Anwesenheit.

Herzog von Koburg leitete seine Begrüßungsansprache mit einem Hinweis auf die vor einigen Monaten erfolgte Neugründung der Deutsch-Englischen Gesellschaft ein, die namentlich ihren Tagtag erlebe. In der kurzen Zeit ihres Bestehens habe sie bereits einen beachtlichen Entwicklungsgang zurückgelegt, zumal diese Neuschöpfung von führenden Persönlichkeiten der Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft freudig begrüßt worden sei. Das wichtigste Ereignis seit ihrem Bestehen sei die Gründung der Anglo German Fellowship in London gewesen. Mit freudigem Anteilnahme erinnere er sich des Besuchs einiger Mitglieder der Deutsch-Englischen Gesellschaft in London und der überaus herzlichen Aufnahme, die sie dort gefunden hätten. Die Deutsch-Englische Gesellschaft und die Anglo German Fellowship erstreben nichts anderes, als die Freundschaft zwischen unseren Völkern zu fördern und für beide nützlich zu pflegen. Sie meine englischen Freunde, haben den berechtigten Stolz, zu der Unterthanen Seiner Majestät des Königs von Großbritannien und Sowohl eines Weltreiches, zu gehören. Wir, meine Kameraden und Kolonien darauf, die Gefolgschaft unseres Führers und Reichstanzlers zu bilden. Auf dieser uneingeschränkt gegenseitigen Achtung bauen wir die unauflösbare Freundschaft unserer Völker auf.

Der Redner erhob sein Glas im Gedenken der Staatsoberhäupter beider Nationen.

Zur Laute des Abends erwiderte der Präsident der Anglo German Fellowship, Lord Mount Temple, auf die Ansprache des Herzogs. Er betonte u. a.: „Die freundschaftlichen Gefühle des englischen Volkes gegenüber seinen deutschen Brüdern sind stärker, als Sie es sich vorstellen. Und unsere öffentliche Meinung ist überzeugt, daß eine endgültige und klare Verständigung zwischen unseren beiden Völkern zustande kommen muß, die dem Frieden und dem Bestande der Welt dienen soll. Wägen beide Seiten der Fellowship danach streben, diese Verständigung zur Wirklichkeit zu machen. Wir können viel vollenden, wenn wir willens sind, uns darum zu bemühen. Die öffentliche Meinung Englands ist eine lebendige Kraft im englischen Leben und keine Regierung kann es sich leisten, sie zu ignorieren. Kürzlich haben wir ein Beispiel hierfür in England erlebt. Die öffentliche Meinung Englands unterstützt die gemeinsamen Ziele der Deutsch-Englischen Gesellschaft und der Anglo German Fellowship, und es liegt mir daran, Sie alle, die Sie heute abend hier anwesend sind, darauf hinzuweisen, wie notwendig es ist, die englische öffentliche Meinung auf unserer Seite zu haben.“ Der Redner schloß, indem er der Bewunderung Ausdruck verlieh, mit der das englische Volk die erfolgreichen und tüchtigen Anstrengungen verfolgte, die das deutsche Volk zur Niederwerfung des Bolschewismus unternahm. „Ihre Kraft und Entschlossenheit haben Europa von einer wirklichen Gefahr befreit, einer Gefahr, die im Augenblick behoben scheint, aber jederzeit wieder ausbrechen kann.“

Luftfahrt fördert Völkerverständigung

Göring vor den Vertretern der ausländischen Luftverkehrsvereinigungen

Berlin, 12. Jan. Am Freitag abend hatte die Deutsche Luftfahrt zu Ehren der an der Tagung in Berlin teilnehmenden Vertreter von 17 verschiedenen Luftverkehrsvereinigungen sowie aus Anlaß ihres zehnjährigen Bestehens zu einem Empfang im „Ritterhof“ eingeladen. Nach der Begrüßungsrede des Staatssekretärs Generalleutnant Milch ergriff der Reichsminister der Luftfahrt, General Göring, das Wort. Er begrüßte die Vertreter der ausländischen Luftverkehrsvereinigungen sowie seine Freunde und Kameraden von der Luftfahrt. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß es auch auf diese Konferenz der Luftfahrt sei, dringende Fragen der internationalen Handelsluftfahrt einer guten Lösung entgegenzuführen. Die Ergebnisse würden zweifellos dazu beitragen, das Reich des Weltluftverkehrs zu vergrößern und zu verbessern. Vor allem handele es sich darum, die Sicherheit, Zuverlässigkeit und Geschwindigkeit der Verkehrsflugzeuge zu steigern. Diese Aufgaben könnten am besten durch eine freundschaftliche internationale Zusammenarbeit gelöst werden. Die Tagung sei zeitlich mit dem zehnjährigen Jubiläum der Luftfahrt zusammengefallen. Man könne deutschseits wohl ohne Annäherung sagen, daß die Arbeit der Luftfahrt in diesen zehn Jahren auf vielen Gebieten vorbildlich für alle anderen Luftverkehrsunternehmen gewesen sei. Hauptächlich sei das wohl darauf zurückzuführen, daß die fliegerischen Energien des deutschen Volkes bis zur Schaffung der deutschen Luftwaffe allein in der deutschen Handelsluftfahrt verortet worden seien. Die Luftfahrt sei so wahrhaftig zu dem Kernstück der deutschen Luftfahrt geworden und bilde in echtem fliegerischem Geiste das Bindeglied zwischen der alten glorreichen Fliegertruppe und der jungen deutschen Luftwaffe. Der Geist der Luftfahrt bringe die Völker einander näher, und die Luftverkehrsvereinigungen ständen an erster Stelle im Dienste der Völkerverständigung und Völkerverbindung. Der Minister schloß seine immer wieder von Beifall unterbrochenen Ausführungen mit dem Wunsch, daß es dem edlen Weltgeist aller Luftverkehrsvereinigungen gelingen möge, allmählich den Luftraum über allen Erdteilen und Meeren zu erschließen und hierdurch wesentlich zu der Annäherung der Völker untereinander beizutragen.

Der ständige Präsident der Luft, Konthier von den Völkern von Heemiede dankte in warm empfundenen Worten dem Reichsminister, seinem Staatssekretär sowie der Luftfahrt und dem Verloren von Deutschland für die gastliche Aufnahme in Deutschland.

Allgemeine Beflaggung

am Jahrestage der Saarabstimmung

Berlin, 12. Jan. Der Reichsminister des Innern gibt folgendes bekannt:

Aus Anlaß der Wiederkehr des Tages der Saarabstimmung flagen Montag, den 13. Januar, die staatlichen und kommunalen Verwaltungen, Anstalten und Betriebe, die sonstigen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts und die öffentlichen Schulen.

Die Bevölkerung wird aufgefordert, gleichfalls zu flaggen.

Freiwillige für die Luftfahrt

Das Reichsministerium der Luftfahrt gibt die Richtlinien für die Einstellung von Freiwilligen in die Luftwaffe bekannt:

Die nächsten Einstellungen von Freiwilligen in die Luftwaffe erfolgen im Frühjahr (16. April) und im Herbst (1. Oktober) 1936. Meldeschluß für die Frühjahrseinstellung am 15. März 1936, für die Herbstseinstellung am 30. April 1936.

Für die Einstellung kommen in Frage: Für die Fliegergruppe Bewerber von 18 bis 23 Jahren; für die Flakartillerie, Luftnachrichtentruppe und Regiment General Göring Bewerber von 18 bis 25 Jahren. Bewerber aus den Geburtsjahrgängen 1915 bis 1918 müssen vor der Einstellung ihrer Arbeitsdienstpflichtig gestellt haben.

Die Freiwilligen für die Flieger- und Luftnachrichtentruppe müssen sich auf eine Dienstzeit von viereinhalb Jahren verpflichten. Bei Verwendung als fliegendes Personal wird eine Zusatzverpflichtung auf insgesamt zwölf Jahre gefordert. Die Freiwilligen für die Flakartillerie verpflichten sich auf ein Jahr, zweijährige Verpflichtung erwünscht. Die Freiwilligen des Regiments General Göring müssen sich bei der Frühjahrseinstellung (16. April 1936) auf zweieinhalb Jahre, bei der Herbstseinstellung (1. Oktober 1936) auf zwei Jahre verpflichten.

Die Bewerber müssen die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, wehrwürdig, deutschen oder artoerwanden Blutes, unbescholten und tauglich 1 oder 2 für den Wehrdienst sein. Mindestgröße nicht unter 1,60 Meter.

Vorzugsweise eingestellt werden Angehörige des DDF, Personal der Luftverkehrsvereinigungen, Personal der Luftfahrt-



induzierte Bewerber, die bereits an einem Lehrgang einer Militär- (partikuläre des R.A.R.) teilgenommen haben oder sich zur Ableistung eines derartigen Lehrganges vor Dienstbeginn verpflichten. Angehörige der H.S., Inhaber von Sportabzeichen.

Bewerber, die noch nicht gemusteret sind, müssen sich persönlich bei der zuständigen politischen Meldebehörde in die Wehrsammlung eintragen lassen und die Ausstellung eines Freiwilligenbescheides für den Eintritt in den aktiven Wehrdienst beantragen. Angehörige der bereits gemusterten Jahrgänge 1914 und 1915 brauchen sich bei der politischen Meldebehörde nicht zu melden. Dann melden sich die Bewerber möglichst schriftlich bei dem Truppenteil.

In der Bekanntmachung des Reichswehrministeriums wird dann im Einzelnen ausgeführt, was dem Einstellungsgesuch beizufügen und an welche Dienststelle es zu richten ist. Weitere Auskünfte über Eintritt als Freiwilliger in die Luftwaffe erteilt das für den Wohnort zuständige Wehrbezirkskommando, in der entmilitarisierten Zone die untere Erfahrungsbehörde.

Einstellung von Freiwilligen in das Heer

Die Pressestelle des Generalkommandos 5 teilt mit:

Da über die Bestimmungen bezüglich des Eintritts als Freiwilliger in das Heer für Herbst 1936 in der Öffentlichkeit noch vielfach Unklarheit herrscht, werden die Bedingungen nachstehend zusammengefaßt noch einmal bekanntgegeben:

Wer wird eingestellt?

1. Vorgeführtes Lebensalter: vollendetes 16. bis vollendetes 25. Lebensjahr. Stichtag 1. Oktober 1936.
2. Bewerber der Jahrgänge 1915-1918 müssen sich im allgemeinen, sofern ihr Truppenteil es wünscht, verpflichten, länger als ein Jahr zu dienen. Ausnahmen sind möglich. Sie müssen vor Einstellung in das Heer ihrer Arbeitsdienstpflicht genügen.
3. Bewerber der Jahrgänge 1911-1913 müssen sich über eine längere als einjährige Dienstzeit hinaus nicht verpflichten; sie können dies jedoch tun und werden dann, ebenso wie solche, die den Arbeitsdienst abgeleistet haben, bevorzugt behandelt. Eine Verpflichtung zur Ableistung des Arbeitsdienstes besteht für diese Jahrgänge nicht.
4. Allgemeine Voraussetzungen für alle Freiwilligen: a) deutscher Staatsangehöriger, b) wehrwürdig, c) arisch, d) unbescholten, e) unverheiratet, f) tauglich 1 oder 2 für Wehrdienst, g) Mindestgröße nicht unter 1,50 Meter.

Wo Meldung? Im allgemeinen nur bei Truppenteilen, deren Standort in der Nähe des Wohnortes des Bewerbers liegt. Diese sind beim zuständigen Wehrbezirkskommando, in der entmilitarisierten Zone bei der unteren Erfahrungsbehörde, zu erfragen. Die Wahl der Waffengattung ist freigestellt.

Wie bewirbt man sich? Noch nicht gemusterte Bewerber beantragen bei der zuständigen politischen Meldebehörde den sogenannten Freiwilligenbescheid. Bei bereits gemusterten Angehörigen der Jahrgänge 1914 und 1915 ist dies nicht nötig, für sie genügt der Musterungsausweis. Danach schriftliche Meldung bei dem gemählten Truppenteil. Bewerber, die ihren Wohnort in der entmilitarisierten Zone haben, melden sich jedoch ausschließlich bei der zuständigen unteren Erfahrungsbehörde. Dem Gesuch ist beizufügen: von gemusterten Bewerbern Jahrgang 1915: der Musterungsausweis, von gemusterten Bewerbern Jahrgang 1914: der Musterungsausweis und Erfahrungsbescheinigung, von noch nicht gemusterten Bewerbern: der Freiwilligenbescheid, von allen Bewerbern: Lebenslauf (selbstgeschrieben), 2 Photographen.

Welcher Termin für die Meldung: 31. Januar 1936. Freiwillige mit Luft und Liebe zu den Bergen können sich bei einem Truppenteil der Gebirgstruppe melden. Voraussetzung hierfür ist, daß sie im Sommer und Winter größere Bergtouren gemacht haben.

Gebirgstruppenteile sind im Bereich des 7. Armeekorps: Gebirgs-Jäger-Regiment 99 Rempten, Gebirgs-Jäger-Regiment 100 Reichenhain, Gebirgs-Artillerie-Abteilung 99 Landsberg.

Rußlands Außenpolitik

Molotow vor dem Hauptvolksgesamtsausschuß

Moskau, 12. Jan. Der sowjetrussische Präsident des Rates der Volkskommissare, Molotow, hat im Hauptvolksgesamtsausschuß über die internationale Lage gesprochen und dabei nach allen Seiten hin vorteilhaft. Während die Türkei besonders lobend erwähnt wird, sind andere Mächte, besonders Deutschland und Japan, einer gewissen Kritik unterzogen worden. Er läßt die Moskauer Gäste des letzten Jahres Revue passieren, erwähnt den damaligen Vordirektorbewerber Eden, jetzt englischer Außenminister, den ehemaligen tschechoslowakischen Außenminister Beneš, jetzt Staatspräsident, sowie den jetzigen Ministerpräsidenten Dalat.

Ferner macht er noch bekannter Art für Ereignisse, die die Doppelzungenigkeit der Sowjetpolitik dokumentieren — den Zwischenfall in Argentinien und die antikommunistische Bewegung in den Vereinigten Staaten von Amerika —, fremde Kräfte verantwortlich, die er als „europäisch-reaktionäre Kräfte“ bezeichnet. Molotow tritt sodann für das bekannte sowjetrussische Ideal der kollektiven Friedenssicherung in Europa, insbesondere durch Abschluß eines Paktes, ein, dessen Verwirklichung nach seiner Ansicht durch die deutsche Haltung verhindert ist. Trotzdem sei es gelungen, zur teilweisen Sicherung des Friedens in Osteuropa den russisch-französischen und den russisch-tschechoslowakischen Vertrag abzuschließen.

Mit der Politik Deutschlands legt er sich in der üblichen Weise aneinander, indem er ihm nicht vorhandene territoriale Absichten auf sowjetrussische und Randstaatengebiete unterstellt. Auf der anderen Seite erkennt er aber ungedrungen das deutsche Bestreben nach normalen rein wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrußland an. Er stellt fest, daß die Realisierung des deutsch-sowjetrussischen 200-Millionen-Kreditabkommens vom April 1935 sich gut entwickelte.

Der nächste Sündenbock Molotows ist wiederum Japan, worauf er sich in Verbindung mit der Verteidigung der sowjetrussischen Völkerbundspolitik zum Richter über die italienisch-abessinischen Krieg als einen typisch imperialistischen Krieg um Kolonien.

In Verteidigung der sowjetrussischen Völkerbundsliebe betont er schließlich, daß diese keineswegs bedeute, daß fortan kein radikaler grundsätzlicher Unterschied zwischen sowjetrussischer internationaler Politik und Politik kapitalistischer Mächte bestehe.

Neue Pläne zur Beilegung des Streitfalles

Englisch-französisches Mandat über Abessinien?

Vom Kriegsschauplatz

Makalle von den Abessiniern zurückerobert?

Abdis Ababa, 12. Jan. Nach hier eingetroffenen abessinischen Meldungen hat der rechte Flügel der Heeresgruppe Ras Seoums den Angriff gegen Makalle vorgetragen. In den Morgenstunden des Freitags begannen erbitterte Kämpfe um die Stadt, die im Laufe des Tages mehrmals ihren Besitzer wechselte. Nach schwersten Kämpfen konnten sich die abessinischen Truppen, den abessinischen Frontberichten zufolge, am Freitagabend endgültig in Makalle festsetzen und behaupten. Eine größere Anzahl von Gefangenen, Gewehren, Munition und Kriegsmaterial sollen in die Hände der Abessiniern gefallen sein. Einzelheiten fehlen noch.

Rom dementiert

Rom, 12. Jan. Die im Ausland verbreiteten Meldungen über eine Rückeroberung von Makalle durch abessinische Truppen werden von amtlicher italienischer Seite dementiert.

Der italienische Heeresbericht

Rom, 12. Jan. Der italienische Heeresbericht vom Samstag besagt:

„Unsere nationalen und ernstkräftigen Abteilungen haben gestern starke feindliche Kräfte angegriffen, die sich auf die Umgebung des Zusammenflusses von Gabat und Geba vorgezogen hatten. Die unter Zusammenarbeit mit Artillerie und Luftwaffe entfaltete Aktion hat mit dem Rückzug des Gegners geendet, dem unsere Abteilungen nachdrängten. Die Abessiniern haben starke Verluste erlitten. Auf unserer Seite sind ein Korporal der Eingeborenen-Truppen und zwei Soldaten gefallen, drei Offiziere, zwei Eingeborenen-Korporale und drei Soldaten wurden verwundet. Die Luftwaffe war auf der ganzen Front eifrig tätig.“

Hefige Kämpfe westlich von Makalle

Abdis Ababa, 12. Jan. Die Meldungen von der Nordfront besagen, daß die Kämpfe um Makalle ihren Fortgang nehmen. Besonders heftig seien die Kämpfe 20 Kilometer westlich von Makalle. Der abessinische Stoß richtete sich jetzt gegen Adara, das ungefähr 25 Kilometer nördlich von Makalle liegt. Die Lage der Italiener wird hier als äußerst gefährdet bezeichnet. Infolge des sehr häufigen Regens seien sämtliche alten und neu gebauten Straßen für den italienischen Nachschub gänzlich unbrauchbar geworden. Diese Lage werde von den Abessiniern auch weiterhin ausgenutzt.

Verluste der italienischen Eingeborenen-Truppen

Rom, 12. Jan. Nach den jetzt amtlich veröffentlichten Verlustlisten der Eingeborenen-Truppen in Ostafrika sind in der Zeit vom 3. Oktober bis 31. Dezember 1935 477 erkrankte Aslaris und 44 somalische Dabat gefallen.

Note des Regus Grundlage eines Verständigungsversuchs?

Paris, 12. Jan. Der römische Berichtskorrespondent des „Weltkuriers“ meldet seinem Blatt, daß man in Rom der Ansicht sei, eine neue Anregung zur Lösung des ostafrikanischen Streitfalles hänge nach dem Scheitern des Caval-Boare-Planes nur vom Regus oder vom Völkerbund ab. Die kürzliche Note des Regus, in der eine Unterredung über die Art der Kriegsführung verlangt werde, scheine für gewisse diplomatische Kreise in Rom eine neue Tatsache darzustellen. Die italienische Regierung habe allerdings keineswegs zugegeben, daß sie grundsätzlich in eine Unterredung einwilligen würde. Sie habe jedoch wissen lassen, daß sie vom praktischen Gesichtspunkt aus von einer Unterredung nichts zu fürchten habe, weil sie nichts zu übergeben brauche. Man frage sich also in Rom, ob es im Völkerbund nicht möglich sei, die Note des Regus als eine neue Gelegenheit zu ergreifen, um einen Ausöhnungsversuch zu machen.

Italien zu Verhandlungen bereit?

London, 11. Jan. Die „Times“ meldet aus Genf, man rechne dort annehmend damit, daß bald neue Friedensbemühungen im italienisch-abessinischen Streitfall unternommen würden. Das Fehlen militärischer Fortschritte habe zu der Überzeugung geführt, daß der Krieg entweder bald beendet oder auf unbegrenzte Zeit fortgesetzt werden müsse. Italien lasse offensichtlich erkennen, daß es nicht unerschütterlich und durchaus bereit sei, auf einer Grundlage, die Italiens berechtigte Interessen sichere, zu verhandeln. Endgültige Pläne seien noch nicht vorhanden, aber die Bedingungen seien im gegenwärtigen Zeitpunkt naturgemäß sehr hoch gedrückt. Wenn nicht von Paris, dann werde der Völkerbund möglicherweise von einer Gruppe kleinerer Mächte kommen. Augenblicklich sei Italien allerdings noch genügt, dem Völkerbund seine Bedingungen zu diktiert, von denen eine davon gehe, daß die Begegnung Italiens als Angreiferstaat zurückgezogen werden müsse. Dieser Vorschlag finde jedoch bei den kleinen Mächten keine Gegenliebe.

Paris erwartet Entgegenkommen Mussolinis

London, 11. Jan. „Daily Telegraph“ meldet aus Paris, Dalat und der französische Botschafter in Rom hätten sich bei ihrer Unterredung auf die Annahme geäußert, daß die endgültigen Schritte zur Anwendung einer Delimitation aufgeschoben werden, bis die Stellungnahme Amerikas bekannt ist. Während dieser Pause werde Dalat zwar keine genauen Vorschläge ausarbeiten, jedoch auch keine Gelegenheit verlieren, eine freundschaftliche Regelung zu fördern. Augenblicklich sei man in Paris der Ansicht, daß Mussolini sich sehr in einer jugendlicheren Verfassung befinde.

„Times“ brandmarkt die Doppelzungenigkeit Moskaus

London, 11. Jan. Die „Times“ schreibt in einem Leitartikel, daß die Behauptung der Räteregierung, sie habe mit der kommunistischen Internationale nichts zu tun, eine Weiskerze der Bortäuschungskunst oder aber der Unverschämtheit sei. Die ewig gleichbleibende Antwort auf alle Klagen über die ausländische Beteiligung der „Agentur für Weltrevolution“ sei genau so, wie wenn man sagen würde, daß Stalin, der Leiter der Räteregierung, keinerlei Verantwortung für die Handlungen Stalins, des führenden Mitgliedes des Volksgesamtsausschusses der Komintern, übernehmen könne. Das Blatt erinnert an die Verhandlungen des Sekretärs des jungkommunistischen Verbandes „Komsomol“, Kolaroff, der Stalin kürzlich als Führer begrüßt habe, der den jungen Kommunisten den Weg zeige, daselbst im Ausland fertigzubringen, was ihre Väter in Rußland getan haben.

Sie, so schreibt die „Times“, sehe man keinen Unterschied zwischen den beiden Stalins. Die kommunistische Bewegung sei in ihrer Organisation ein „Einziges und Unteilbares“, ihr führender Mittelpunkt sei so eng mit der Räteregierung verbunden, daß ein Mißklang zwischen den beiden die Zerlegung des Kommunismus mit sich bringen würde. Der russische Vorwand täusche niemanden, er sei aber eine Verleumdung oder noch etwas Schlimmeres für die Beziehungen Sowjetrußlands mit anderen Ländern. Als die Räteregierung in den Völkerbund eingetreten sei, habe sie sich einer internationalen Gemeinschaft angeschlossen, deren Gesetz diesen „ungerimten Dualismus“ nicht dulde. „Zwei Geschäfte unter verschiedenen Namen durchzuführen, das eine offen und in einer Völkerbundversammlung, das andere heimlich und unterirdisch, um die Regierungen anderer Staaten zu unterwühlen und ihre Ordnung umzuformen, ist mit der Freundschaft oder Ehrenhaftigkeit unvereinbar. Die Folge internationalen Käufertums kann kaum etwas anderes sein, als internationales Verrat. In Genf läugelt Rußland mit der Sache des Friedens zwischen den Nationen. Aber Friede und gute Ordnung innerhalb der Nationen...

ist kein weniger erstrebenswertes Ziel. Das Verbrechen des Bürgerkrieges zu planen und sich gleichzeitig zu dem Grundgesetz internationalen Friedens zu bekennen, ist ein kommunikativer Widerspruch. Staaten, die diese Regel befolgen, werden es schwer finden, ihren Nachbarn die Treue zu halten. Und noch schwerer, ihr Vertrauen zu finden. Sie errichten eine Schranke der Verdächtigung gegen sich selbst.“

Jahresrückblick 1935 der Gesellschaft „Reichsautobahnen“

500 Millionen Mark Jahresrechnung

Berlin, 11. Jan. Die 15 obersten Bauleitungen der Gesellschaft „Reichsautobahnen“ haben laut R.D.Z. im Geschäftsjahr 1935 den weiteren Ausbau des Reiches tatkräftig fortgesetzt. Der soeben bekannt gegebene vorläufige Jahresrückblick stellt fest, daß im Berichtsjahr insgesamt 108 Kilometer der Straßen Adolf Hitlers fertiggestellt und in Betrieb genommen wurden. Auf insgesamt 1476 Kilometer Streckenlänge wurde gebaut. Die Zahl der zur Entwurfsbearbeitung und zum Bau freigegebenen Strecken erhöhte sich auf rund 3450 Kilometer.

Ausführliche Entwürfe oder Bauarbeiten werden zur Zeit für folgende Strecken oder Streckenteile ausgeführt: Königsberg Br.-Grenze, Berliner Ring, Berlin-Stettin, Berlin-Frankfurt-Ober, Berlin-Breslau-Weihen, Berlin-Halle-Kürnbach, München-Reichenhall-Landesgrenze, Berlin-Hannover-Duisburg-Köln-Frankfurt am Main, Köln-Wagen, Götting-Dresden, Chemnitz-Gera, Chemnitz-Plauen-Hof, Bremen-Hamburg-Lübeck, Hamburg-Göttingen-Kassel-Frankfurt am Main-Karlsruhe-Stuttgart-München, Saarbrücken-Mannheim. Die Höchstzahl der auf den Bau stellen beschäftigten Unternehmerarbeiter wurde mit 113 139 im Juli erreicht. Beim Bau der Reichsautobahnen wird alle 500 bis 2000 Meter ein Brückenbauwerk errichtet, dessen Länge bei der großen Breite des Regelschnitts der Reichsautobahnen (24 Meter) im allgemeinen recht erheblich ist. Etwa 800 Brücken sind fertiggestellt und weitere 800 in Angriff genom-

men. Die Finanzierung des Baues wurde, wie im Vorjahr mit Hilfe eines von der Reichsbank zur Verfügung gestellten Kreditkredits durchgeführt. Während im Jahre 1934 die Ausgaben der Kapitalrechnung nur wenig mehr als 200 Millionen RM. betragen, wird man für das Jahr 1935 mit einer Gesamtausgabe der Kapitalrechnung in Höhe von etwa 500 Millionen RM. rechnen können. Von diesem Aufwand werden über 40 Prozent allein auf die Erdarbeiten und 14 Prozent auf Bahndammarbeiten entfallen. Der bewährte Grundfah der Wirtschaftlichkeit und Sparfahigkeit zeigt sich in dem äußerst niedrigen Anteil der Verwaltungskosten (etwa 7 Prozent) an den Gesamtausgaben. Die Anzahl der Bauabteilungen ist von 59 auf 74 Ende Dezember 1935, die Zahl des Personalstandes der Stellen der Reichsautobahnen von 4200 auf 6233 Köpfe Ende Oktober 1935 angesichts der Zunahme des Arbeitsumfanges gesiegen.

Japan wird die Flottenkonferenz verlassen

Die entscheidende Sitzung des japanischen Kabinetts

Tokio, 12. Jan. In einer Nachtsitzung beschäftigte sich das japanische Kabinetts mit der Lage auf der Londoner Flottenkonferenz und legte die Anweisungen für die japanische Abordnung fest. Nachdem die Admiralkonferenz diese Anweisungen gebilligt hatte, wurden sie am Sonntag vom Kabinetts einstimmig angenommen. Anschließend begab sich Ministerpräsident Oda zum Kaiser, um ihm über die gefassten Beschlüsse Bericht zu erstatten. Der Kaiser genehmigte die Anweisungen für die japanische Abordnung, die daraufhin sofort nach London gebracht wurde.

In der Sitzung des Kabinetts erörterte der älteste Minister Tachibana die schwierige Weltlage. Der Minister brachte zum Ausdruck, daß Japan ruhig und in freundschaftlicher Form die Flottenkonferenz verlassen wolle, wenn sich kein anderer Ausweg ergebe.

Das Ausland zum Neujahrsempfang beim Führer

London, 11. Jan. Die führenden Blätter berichten ausführlich über die Erklärung des Führers beim Diplomatenempfang in Berlin. Dabei wurden besonders die Stellen hervorgehoben, in denen der Führer den Wunsch Deutschlands nach Frieden und Zusammenarbeit mit den anderen Nationen zum Ausdruck brachte. „Daily Mail“ und „Daily Telegraph“ überschreiben ihre Meldungen: „Hitlers Wunsch nach Frieden“.

Paris, 11. Jan. Die Pariser Presse verzeichnet in ziemlich ausführlicher Aufmachung den Neujahrsempfang des Führers, ohne jedoch in eigenen Betrachtungen dazu Stellung zu nehmen. Die Blätter geben die Erklärungen des Führers und des apostolischen Nuntius wieder und lassen zum Teil in den Überschriften die Gedanken zusammen, die Adolf Hitler zum Ausdruck gebracht hat. So überschreibt beispielsweise das „Paris Journal“ seine Meldung: „Das deutsche Volk wünscht aufrichtig, in Frieden zu leben und mit den anderen Völkern zusammenzuarbeiten“. Der „Excelsior“ faßt die Wünsche des Führers in drei Worten zusammen: „Entspannung, Befriedung und wahrer Friede“.

Brüssel, 11. Jan. Die Ausgaben der Brüsseler Zeitungen bringen ausführliche Berichte über den Neujahrsempfang in Berlin. Es wird in den Überschriften und Schlagzeilen besonders hervorgehoben, daß die Wünsche des Führers und Reichstanzlers dem Frieden und der internationalen Zusammenarbeit gelten.

Wiederaufnahme des Reiseverkehrs nach der Schweiz

Berlin, 12. Jan. Amtlich wird gemeldet: Die in den letzten Tagen hier geführten deutsch-schweizerischen Besprechungen über die Wiederaufnahme des Reiseverkehrs nach der Schweiz haben am Samstag zu einer Einigung geführt. Die deutschen Ausgabestellen von schweizerischen Reisezahlungsmitteln erhalten Anweisung zur Erteilung von Reisebewilligungen nach der Schweiz.

Gerüstabsturz in der Friedrichstraße

Berlin, 12. Jan. An der Ecke Friedrich- und Leipzigerstraße kürzte am Samstag mittag unter ohrenbetäubendem Krachen vom Dachstuhl eines großen Gebäudes ein Gerüst auf den Bürgersteig. Der Gerüstabsturz ist durch eine plötzlich ausbrechende Sturmböe verursacht worden. Ingesamt wurden sieben Personen verletzt, darunter zwei so schwer, daß sie in ein Krankenhaus gebracht werden mußten.

Riefenschmuggel mit Pelzern aufgedeckt

Millionengeschäfte jüdischer Händler

Kattowitz, 12. Jan. Der polnischen Grenzpolizei ist es nach langen Beobachtungen gelungen, einem seit Jahren betriebenen schamlosen Schmuggel mit Pelzern auf die Spur zu kommen. Die jüdischen Pelzhändler Sedner aus Warschau hatten große Pelzsendungen aus Uebersee nach Brüssel und Paris geleitet, von wo die Pelze auf Grund falscher Ursprungszeugnisse als französische und belgische Waren nach Polen eingeführt wurden. Im Jahre 1931 und 1932 wurde das gleiche Geschäft über Deutschland gemacht. Auf diese Weise gelang es den jüdischen Händlern, die hohen Einfuhrzölle für Pelze aus Ueberseeländern zu umgehen und die Pelze zu geringen Zöllen nach Polen einzuführen. Nach den bisherigen Feststellungen wurden auf diese Weise Pelze im Werte von 1,25 Millionen Flots nach Polen eingeführt. Gegen 59 polnische Pelzfirmer, die mit den Händlern in Geschäftsverbindung gestanden haben, ist ein Strafverfahren eingeleitet worden.

Verkehrsunfall in Steiermark

Wien, 12. Jan. Bei Mariazell in Steiermark kürzte am Samstag abend infolge Verletzung der Straße ein Kraftwagen mit Mitglidern der österrischen Sturmbrigaden, die sich zu einer Versammlung begeben wollten, in einen Bach. Sechs Personen ertranken, zwei Personen wurden schwer verletzt. Nur zwei kamen unversehrt davon.

Einsturzunfall in einer Grazer Kaserne

Bisher fünf Tote

Wien, 11. Jan. In der alten Lazarett-Kaserne in Graz (Steiermark) kürzte am Samstag das Dach ein und durchschlug drei Stodwerke. Zahlreiche Mannschaftsstände wurden vollkommen zerstört. Fünf Tote wurden bisher aus den Trümmern gezogen. Da zahlreiche Soldaten in der Kaserne angeworben waren, ist zu befürchten, daß noch weitere Opfer zu beklagen sind.

Beschleunigung der englischen Luftrüstung

Zwölf Flugzeuge wöchentlich

London, 11. Jan. Wie „Daily Telegraph“ in großer Aufmachung meldet, ist eine erneute große Beschleunigung der englischen Luftrüstungen vorzusehen. Die englische Luftflotte werde in Zukunft durchschnittlich um ein Geschwader (zwölf Flugzeuge) in der Woche vermehrt werden. Seit der Auskündigung des zweijährigen Aufrüstungsprogramms im vergangenen Mai seien die englischen Luftkräfte bereits um 285 Frontflugzeuge verstärkt worden. Die gegenwärtige Stärke der Luftflotte sei 1300 Maschinen. Eine große Anzahl neuer Flugzeuge sei außerdem sofort lieferbar. Ferner würden mehrere völlig neue Kriegsluftzeug-Typen hergestellt, deren Wert und Leistung alle Erwartungen überstiegen hätten. Auch in der Personalausstattung seien große Fortschritte gemacht worden. Fünf neue Kampffliegerschulen seien bereits in Betrieb und von den 13 vorgesehenen neuen Sportfliegerschulen für die Anflugsausbildung von Militärfliegern seien nun eröffnet worden. Aus Manchester meldet der „Daily Telegraph“, daß die berühmte Aero-Flugzeugfabrik, die zur Zeit Tag und Nacht arbeitet, ihren Betrieb demnächst vergrößern werde. In den letzten Monaten seien schon Hunderte von neuen Arbeitern eingestellt worden.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 13. Januar 1936.

Großer Schneefall — Schneebrock — Verkehrsstörungen

Dem trostlosen, fast ununterbrochenen Regen der letzten Tage, ist in der Frühe des Sonntags Schneefall gefolgt, der den gestrigen Tag und heute Nacht fast ununterbrochen mit großer Heftigkeit anhielt. Der nasse Schnee hat an Bäumen und Drahtleitungen einen ungeheuren Schneeeindruck verursacht, dessen Schäden bis zur Stunde noch unübersehbar sind. Von überall her laufen bei uns Meldungen über Schneeeindrücke ein. In den Wäldern sieht es geradezu nach einer Katastrophe aus. Von vielen Seiten hören wir, wie es in den Wäldern überall durch umstürzende Tannen und brechende Äste gedröhnt hat, zum Teil wie Maschinen-gewehrfeuer. Ueberall liegen auf Straßen und Wegen einzeln oder gruppenweise Tannen oder Bäume, die den Verkehr stören. Neben den unübersehbaren Schäden in den Wäldern sind viele Obstbäume ein Opfer des Schneeeindrucks geworden, der seine Wirkung schon deshalb so radikal ausüben konnte, weil das Erdreich durch die Regentage ganz durchweicht war. Dies wirkte sich besonders auch da aus, wo durch Weg- und Straßenbau die Bäume ihren Halt ohnedies teilweise verloren haben. In Gärten und Obstgärten sah man heute vormittag vielfach den Schnee abschlüsseln, damit weitere Schäden vermieden werden.

Der Verkehr auf den Straßen und Wegen war schon gestern abend teilweise gehemmt oder ganz gestört. In vielen Orten unserer Umgebung war der Fernsprechoverkehr schon gestört, ebenso die Lichtleitungen, so daß ganze Orte, wie Pflanzgrabenweiler etc., ohne Licht blieben. Auch in Altensteig selbst waren manche Drähte gebrochen. 42 Teilnehmer der hiesigen Fernsprechanstalt sind heute vormittag gestört und besonders auch Leitungen, die nicht in den Kabeln sind. Auch die Lichtzufuhr und Beleuchtung innerhalb der hiesigen Stadt war teilweise unterbrochen und gestört. Eine Hauptstörung hatte der Bahnbetrieb nach und von Ragold zu verzeichnen. Es gelang zwar gestern abend nach Entfernung von wenigen über die Bahnschienen liegenden Bäumen den Verkehr im allgemeinen noch regelrecht durchzuführen, aber heute früh sah es ganz schlimm aus: Die Straße nach Ragold war durch die vielen über die Straße liegenden Bäume für den Verkehr zunächst ganz gesperrt und die Züge nach Ragold und von Ragold hierher blieben zunächst stehen und trafen schließlich in jeder Richtung mit etwa einständiger Verspätung ein. Das Bahnbewachungspersonal war ständig und ist auch jetzt noch in Tätigkeit, um die Störungen zu beseitigen. Ebenso hat die Forstverwaltung die nötigen Schritte unternommen, um das ihre zur Sicherung des Verkehrs zu tun. Auch der Post-Omnibusverkehr war außerordentlich gehemmt. In allen Richtungen lagen gestürzte Bäume über die Straßen oder bogen sich solche unter der Last des Schnees wie Triumphbögen über die Straße. Während gestern abend der Verkehr nach Dornstetten, Besenfeld und Simmersfeld noch ordentlich durchgeführt werden konnte, traten heute erhebliche Verspätungen ein. Heute früh mußte in Altensteig und in den Orten unserer Umgebung der Bahnschlitten gefahren werden.

Neubildung deutschen Bauernums durch Siedlung

Ueber dieses Thema sprach am gestrigen Sonntagnachmittag im Gasthaus zum „Sternen“ Pg. Gurrath aus Stuttgart, nachdem Jungbauernführer Bühler die Versammlung begrüßt und einleitende Worte gesprochen hatte. Es ist sehr bedauerlich, daß diese Versammlung nicht besser besucht war, aber die außerordentlich ungünstige Witterung, der teils Schneefall und der wässrige Schnee, der das Gehen und Fahren erschwerte, dürfte in der Hauptsache daran schuld sein. Mit großer Aufmerksamkeit folgte die anwesende junge Bauernschaft den interessanten und lehrreichen Ausführungen des Redners. In seinen Ausführungen zeigte er zunächst, wie der große Fehler gemacht wurde, den Schwerpunkt von der Scholle in die Fabrik zu legen durch die Abwanderung vom Land in die Stadt, so daß es schließlich soweit gekommen ist, daß heute ein Viertel der Bevölkerung auf dem Lande und drei Viertel in der Stadt wohnen. Durch die Abwanderung wertvoller Kräfte in die Stadt und die Auswanderung ist auch Brauchtum und Sitte verloren gegangen. Höchste Zeit sei es gewesen hier einzugreifen. Das Erbhofgesetz, das viel geschmäht

und umrittene, sei gewiß nicht erlassen worden um die einzelnen zu schlachten, sondern um das Bauerntum zu erhalten und um den Fortbestand der Bauernhöfe zu sichern; dabei müßten natürlich Opfer gebracht werden. Aber es sei kein Zweifel, daß das Erbhofgesetz schon fünfzig Jahre früher hätte eingeführt werden sollen. Man dürfe nicht nur an die jetzige Generation, sondern müsse an die Zukunft denken. Ueberhaupt verlange der Nationalsozialismus ein anderes Denken, das nicht nur in finanzieller Hinsicht gehen dürfe, sondern auch in der Richtung, den Bauernhof und seine Existenz zu sichern. Aber nicht nur die bestehenden Höfe sollen gesichert werden, sondern es müsse darüber hinaus neues Bauernum geschaffen werden, hauptsächlich auch um die Nahrung des ganzen Volkes sicherzustellen. Der Raumpolitik und Bevölkerungspolitik werde heute größte Aufmerksamkeit geschenkt. Durch den Versailler Vertrag sei ohnedies wertvoller Grundbesitz verloren gegangen und es sei besonders wichtig, die Grenzgebiete zu besiedeln, besonders in Ostpreußen, wo Gelegenheit geboten sei, neue Bauerngeschlechter zu bilden. Durch den Krieg sei der deutschen Industrie der Weltmarkt genommen worden und der Gedanke vieler Kleinbauern, die zugleich Industriearbeiter seien, der sogenannten Rückfahbauern, die vielfach in der Nähe von Industriestädten angesiedelt seien, zuzuwarten bis sich das alles wieder einstelle, sei falsch. Man dürfe das deutsche Volk den Zufälligkeiten des Weltmarktes nicht mehr aussetzen. Auch werde sich die heutige Entwicklung der Arbeitsbeschaffung zweifellos ändern, denn es sei unmöglich, alle die Menschen, die heute bei Straßenbauten und bei gewissen Industrien, die heute ausnahmsweise gut beschäftigt seien, auf die Dauer in dieser Weise unterzubringen. Auch sei die Auswanderung heute besonders für die landwirtschaftliche Bevölkerung nicht mehr so einfach und auch bedauerlich, wenn dadurch wertvolle Kräfte dem deutschen Volke verloren gingen. Es gehe deshalb darum, eine Ordnung im deutschen Raum herbeizuführen; dafür zu sorgen, daß das deutsche Volk selbst ernährt werden könne und darum, daß die Kinderzahl nicht eingeschränkt zu werden brauche. Die Siedlung, hauptsächlich in Ostpreußen, sei mit ein Mittel dazu. Was liege näher statt in das Ausland zu gehen und dort Kulturarbeit zu leisten, sie im deutschen Osten zu tun und dort den Pflug in die Hand zu nehmen. Zur Siedlung dürften aber nur die besten des Volkes verwendet werden und es werde dabei eine sorgfältige Auslese vorgenommen. Nicht jeder dürfe siedeln. Das Reich rüde ungeheuerer Mittel an die Siedlung und deshalb wolle man das Siedlungsland auch nur den besten geben, die eine Gewähr dafür bieten, daß das Neuland rationell bearbeitet und eine gute Grundlage für neue Geschlechter vorhanden sei. Die Berufstüchtigkeit des Bauern und der Bäuerin gebe hier den Ausschlag. Die Erzeugungsschlacht müsse auch dort von vornherein zielbewußt geführt werden. Bei allem gehe es darum, das Volk am Leben zu erhalten und ihm die Freiheit zu geben. Der Redner wies dann darauf hin, daß sich zur Siedlung lusttragende entweder bei Kreisbauernführer Kalmbach oder bei den Bürgermeistern melden sollten, daraufhin werde geprüft, ob der einzelne den Anforderungen entspreche. Bei den Siedlungsmahnahmen sei dafür gesorgt, daß die Existenz des einzelnen Siedlers gewährleistet sei. Es seien gesunde Verhältnisse für ein gesundes Siedlertum geschaffen. Andererseits müsse man auch den Natur haben, hinauszugehen, um neue Kulturarbeit zu leisten und um sich eine Existenz durch Siedlung zu schaffen. Jeder solle sich Gedanken darüber machen und solle dem Gesetz von Blut und Boden, von Volk und Raum Rechnung tragen. Unser Reich müsse für alle Zeiten ein Bauernreich sein. Vor allem müsse verlangt werden, daß jeder einzelne dem Aufbau des Dritten Reiches Rechnung trage.

Kreisbauernführer Kalmbach, der schon als Frontsoldat Ostpreußen kennenlernte und jetzt als Kreisbauernführer die Siedlungen in Ostpreußen besucht, schilderte die Verhältnisse in Ostpreußen und die dortige Aufbaubarkeit im Siedlerwesen, bei welchem die Schwaben besonders Mustergültiges leisten. Er wies auf die Aussichten dort hin und darauf, daß der Boden dort besser sei als der beste Schwarzwaldboden. Nachdem auch noch der neue Stabsleiter der Kreisbauernschaft gesprochen und besonders die bäuerliche Jugend an das Selbstbewußtsein des Bauers erinnerte und auf die Ideale des Bauernums hingewiesen hatte, dankte Jungbauernführer Bühler dem Hauptreferenten und den sonstigen Rednern und schloß die Versammlung mit einem dreifachen „Siegeheil“ auf unseren Führer.

Erwähnt seien noch die im Anschluß an die Verammlung von Kreisbauernführer Kalmbach gemachten Ausführungen über die Waldrodungen. Diese würden ausgeführt, aber nicht in dem Maße, wie sie vielfach erhofft würden. Durch die Rodungen würden wohl manche Felber für die bäuerliche Bewirtschaftung gewonnen, aber man könne dabei nicht zu weit gehen, denn auch der Wald sei von großer wirtschaftlicher Bedeutung für das deutsche Volk.

Bernau, 13. Januar. Die älteste Einwohnerin unseres Städtchens, Frau Luise Heinzelmann, geb. Klumpp, kann am 14. d. M. in voller körperlicher und geistiger Frische ihr 89. Lebensjahr vollenden. Ihren Gatten, mit dem sie seit dem Jahre 1868 verheiratet war, entriß ihr der Tod bereits im Jahre 1903.

Wart, 13. Januar. (Sprechabend im Rahmen der Erzeugungsschlacht.) Am Donnerstagabend fand im Saal des Rathhauses ein Sprechabend der Ortsbauernschaft statt. Hierbei sprach Oekonomierat Haeder zu den zahlreich erschienenen über rationelle Winterfütterung des Milchvieh. Ferner wurden die Landwirte auf die Gärstutterbehälter hingewiesen und aufgefordert, mit der Einrichtung solcher Silos zu beginnen. Dies ist bereits in vielen Gemeinden mit Erfolg geschehen. Weiter wurde empfohlen, die Einfütterung von Ackervieh zu unterlassen und sich auf die einheimische Viehdierträge zu beschränken. Wie immer legte der Redner großen Wert auf Pflege und Düngung der jungen Saat, und erteilte Ratsschlüsse zur Neuanlage von Wiesen. Ortsbauernführer Hartmann sprach im Namen der anwesenden Bauern und Bauernfrauen dem Redner den Dank aus. Er benötigte die Gelegenheit zur Ehrung von langjährigen Gefolgschaftsangehörigen und überreichte an Marie Theurer, 41 Jahre bei Bauer Joh. Luz, und an Marie Lärcher, 8 Jahre bei Hirschwirt Durr die Ehrenurkunde des Reichsnährstandes und ersterer ein gerahmtes Bild des Führers.



Wildbad, 11. Januar. Ein weißes Reh wurde im Wildbader Wald von einem Fuchs angefallen und mußte erlegt werden. Der Förster wollte das seltsame Wild ausstopfen lassen, jedoch war das Fell zu stark beschädigt.

Neuenbürg, 11. Januar. (Ein Denkfettel.) Am Donnerstag mußte nachmittags ein seit mehreren Jahren erwerbsloser Mann, Vater mehrerer Kinder, aus dem benachbarten Schwann gejagt werden, weil er die erhaltene Unterstützung in Alkohol und Zigaretten umsetzte. Bei seiner Vorführung war er völlig betrunken und nicht vernunftfähig. Das Oberamt verhängte daraufhin eine zehntägige Haftstrafe.

Feldbrennach, 11. Januar. (Der Vorteil der Milchsammlerinnen.) Wie bei einer Versammlung der Kreisbauernschaft bekannt wurde, hat sich die neuerbaute Milchsammlerinnen in Feldbrennach und Pfingweiler sehr gut ausgewirkt. Im Jahre 1936 wurden rund 100 000 Liter Milch mehr nach Neuenbürg abgeliefert als vor Eröffnung der beiden Sammelstellen.

Stuttgart, 11. Jan. (Pferdevormüherungen.) Nach einer Bekanntmachung der Polizeipräsidenten werden in der Zeit vom 21. Januar bis 13. Februar ds. Js. im Stadtkreis Stuttgart 21 Pferdevormüherungen durchgeführt. Jeder Pferdebesitzer ist verpflichtet, seine sämtlichen Pferde zur Vormüherung vorzuführen.

Neuer Vertrauensarzt. Nach langjähriger, verdienstvoller Tätigkeit ist der Vertrauensarzt der Ortskrankenkasse, Dr. Gutbrod, kürzlich zurubegesetzt worden. Als Nachfolger ist Dr. Wehler, bisher Kassenzahnarzt in Herrenberg, angestellt worden.

W. S. W. - Spende. Die Reichsbahnbediensteten im Bereich der Reichsbahndirektion Stuttgart haben im Monat Januar 1936 als Spende für das Winterhilfswerk 27 000 RM. abgeführt.

Ein 5000-Mark-Gewinn. Wieder ist das Glück eines beträchtlichen Gewinns der Reichswinterhilfslotterie auf Stuttgart gefallen, und zwar ist dieser Segen auf fünf Stuttgarterinnen hereingebrochen in Gestalt eines 5000-Mark-Gewinns.

Prevoort O. A. Matbach, 12. Jan. (Hundertjähriger gestorben.) Nun ist auch der älteste Einwohner vom Kreis Matbach, der verwitwete Bauer David Klotz, im 100. Lebensjahr gestorben. Schon über drei Jahre war Klotz der älteste Methodist Deutschlands. Mit 95 Jahren konnte er noch das Fuhrwerk lenken und den weiten Weg nach Weilsheim und Oberstfeld, sowie zurück nach Prevoort an einem Nachmittage zurücklegen.

Am, 11. Jan. (Ein Glücksjunge.) Im nahe Weilsheim war einem armen, elternlosen Jungen dieser Tage ein großes Glück beschieden. Bei einem Glücksspiel zog der Junge ein Arbeitsbeschaffungslos, mit dem er den Betrag von 2000 Mark gewann.

Aufruf des Landesbauernführers zu vermehrtem Flachsban

Reichsregierung und Reichsnotstand wenden sich zum zweiten Mal an die Bauern und Landwirte mit der Aufforderung, mehr Flachs anzubauen. Der Flachsban ist heute vaterländische Pflicht, der sich kein Betrieb entziehen darf. Es gilt, den Bedarf der deutschen Wirtschaft an Flachsfasern aus Eigenerzeugung zu decken, da die Versorgung vom Ausland nicht möglich ist. Die Sicherstellung des Bedarfs ist daher eine ernste Angelegenheit. Die der Landwirtschaft gestellte Aufgabe ist aber nicht schwierig, da sie auf viele Schultern verteilt werden kann. Der Landesbauernschaft Württemberg ist für das Jahr 1936 eine Fläche von 3000 Hektar zugewiesen, die mit Flachs anzubauen ist. Wenn jeder Betrieb nur ein kleines Stück Land mit Flachs anpflanzt, so wird diese Fläche nicht nur erreicht, sondern noch überschritten werden. Kein Betrieb wird dabei zu stark belastet. Es müssen sich aber alle Betriebe, insbesondere auch die größeren, in den Dienst der Sache stellen. Von allen Bauernführern erwarte ich, daß sie mit gutem Beispiel vorangehen. Die Flachsabnahme ist gesichert, da sich in diesem Jahr vier Betriebe mit dem Ankauf befaßt werden. Auch für rechtzeitige Bezahlung des Flachses wird gesorgt.

Die Werbung für den Flachsban wird wieder durch Flachswerber durchgeführt. Die Ortsbauernführer haben die Werber weitmöglichst zu unterstützen.

Die notwendigen Vorbereitungen für den Flachsban des Jahres 1936 sind im Gange. Es handelt sich nun in der Hauptsache darum, daß die Bauern und Landwirte sich der Notwendigkeit des Flachsbaues nicht verschließen, sondern jeder in seinem Teil zum Gelingen der uns gestellten Aufgaben beiträgt. Wir benötigen eine reiche Flachsenernte guter Beschaffenheit. Ich erwarte daher die Mitwirkung

aller Bauern und Landwirte, damit dem Führer beim Erntedankfest die Einbringung einer guten und völlig ausreichenden Flachsenernte gemeldet werden kann.
Arnold, Landesbauernführer Württemberg.

Bekämpfung des Mangels an Arbeitskräften in der Landwirtschaft

Ein Erlaß des württ. Innenministers an die Bürgermeister über die Bekämpfung des Mangels an Arbeitskräften in der Landwirtschaft lautet:

Die Versorgung der Landwirtschaft mit geübten Arbeitskräften erweist sich immer schwieriger. Die Arbeitsämter bemühen sich zwar in ihrem Teil, soweit nur möglich, diesen Schwierigkeiten abzuwehren, indem sie insbesondere arbeitslose Industriearbeiter weitgehend aus der Stadt auf das Land überführen. Für die Betriebsführer wie für die Arbeiter sind diese Maßnahmen jedoch zweifellos mit vielen Nachteilen verbunden, so daß sie nur für eine gewisse Zeit eine Notlösung darstellen. Von der Allgemeinheit würde es andererseits nicht verstanden, daß arbeitslose Industriearbeiter zur Landarbeit herangezogen werden, während gleichzeitig junge Leute auf dem Lande untätig sind, obwohl gerade sie auf Grund ihrer Abstammung in erster Linie als landwirtschaftliche Dienstboten sich eignen würden. Ueberdies hängt die erfolgreiche Weiterführung der Erzeugungsschlacht nicht zuletzt davon ab, daß wirklich brauchbare Kräfte in ausreichender Zahl bereitgestellt werden können, insbesondere für Beseitigungs-, Hack- und Erntearbeiten. Die Arbeitsämter sind deshalb auch angewiesen, den Dienststellen der NS-Volksmobilmacht solche Arbeitslose zu benennen, die ihrer Herkunft nach auf landwirtschaftliche Arbeit verwiesen werden können und müssen, damit sie von der Bereinigung durch das Winterhilfswerk ausgeschlossen werden. Es ist unbedingt notwendig, daß die Bemühungen der Arbeitsämter nicht nur von der NS-Volksmobilmacht, sondern auch von den Bürgermeistern der Landgemeinden so viel als möglich gefördert werden. Dies kann in der Art geschehen, daß sie die betreffenden aus der Landwirtschaft kommenden jungen Leute bei der Einweisung einbringlich auf die Notwendigkeit hinweisen, sich der Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen. In Verbindung damit sind die Betreffenden gleichzeitig vorzüglich dem Arbeitsamt und der örtlichen Dienststelle der NSV. nachhaft zu machen. Soweit sich derartige junge Leute trotz Aufforderung ohne berechtigten Grund bedarftlich weigern, landwirtschaftliche Arbeitsdienststellen anzunehmen, ist ihnen künftig jede Unterstützung durch die Gemeinden, auch jede Beschäftigung bei Gemeindearbeiten zu verweigern. Ich erwarte von den Bürgermeistern, daß sie in dieser Weise die Landwirtschaft in ihren derzeitigen Arbeitschwierigkeiten unterstützen. Da gerade in diesem Jahr die Bauern und Landwirte ihr Dauerpersonal möglichst frühzeitig werben und die Einberufungen zum Heeresdienst die Sachlage verschärfen, so ist es notwendig, daß die Bürgermeister schon jetzt nichts unversucht lassen, um in ihrem Teil dem Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft abzuwehren.

Aus Baden

Pforzheim, 11. Januar. (Deutsches Schmudmuseum.) Die durch ihre Gold- u. Silberwarenindustrie weltbekannte Stadt Pforzheim plant für 1936 die Schaffung eines Deutschen Schmudmuseums, das neben antiken und geschichtlich wertvollem Schmud die zur Herstellung des Schmud nötigen Rohstoffe umfassen und somit einen umfassenden Einblick in die Arbeit des Gold- und Silberschmiedes geben wird. Das neue Museum soll im Mai eröffnet werden.

Gernsbach, 11. Januar. (Scheuern eingegliedert.) Der Reichsstatthalter hat auf Grund des § 15 der Deutschen Gemeindeordnung bestimmt, daß die Gemeinde Scheuern mit Wirkung vom 1. April 1936 in die Stadt Gernsbach eingegliedert wird.

Mannheim, 12. Jan. (Traurige Wochenbilanz.) Bei 22 Verkehrsunfällen, die sich in vergangener Woche hier ereigneten, wurde eine Person getötet und 15 verletzt. Beschädigt wurden insgesamt 21 Fahrzeuge.

Siegelau b. Waldkirch, 12. Jan. (Sie ichenkte 18 Kinder n das Leben.) Hier starb nach längerer Krankheit 87 Jahre alt die Bäuerin und Ehefrau des Altbürgermeisters Anton Fahrlander, Therese geb. Wigger. Die Verstorbene gab 18 Kindern das Leben, ein Sohn starb im großen Krieg den Heldentod.

Wettelsbrunn bei Staufen, 12. Jan. (Trauriges Ende.) Auf eigenartige Weise mußte der Landwirt Adolf Köhler sein Leben lassen. Beim Weipen war ihm ein Stüd Fleisch in der Brusthöhle festgekleben, was er zunächst nicht weiter beachtete. Trohdem der Fremdkörper in der Freiburger Klinik entfernt werden konnte, stellte sich eine Entzündung ein, die den Tod zur Folge hatte.

Bekanntmachungen der NSDAP.

Partei-Amtler mit betreuten Organisationen

NSG. „Kraft durch Freude“

Sonderzug zur Automobil-Ausstellung nach Berlin. Vom 21.-25. Febr. führt das Gauamt einen Zug zur Automobil-Ausstellung nach Berlin durch. Der Preis beträgt etwa M. 21.50.

Anmeldungen sind möglichst sofort zu richten an das Kreisamt Nagold, Telef. 521 und an die Ortsmarie.

Die Jahresprogramme für 1936 sind eingetroffen und sind beim Kreisamt sowie bei den Ortswarten zum Preis von 10 Pf. erhältlich.

NS-Frauenchaft Altensteig

Heute 20.15 Uhr Pflichtabend im „Grünen Baum“. Es wird auch der Monatsbeitrag eingezogen. Frauenchaftsleiterin.

Beste Nachrichten

Verkehrsstörungen infolge schwerer Schneefälle in Süddeutschland

München, 12. Januar. In den frühen Morgenstunden des Sonntag legte hier nasser, aber starker Schneefall ein, der den ganzen Tag ununterbrochen anhielt und auch am Abend noch fortwirkte. Der Straßenbahnverkehr konnte nur mit großen Verzögerungen und Erschwerungen durchgeführt werden. Auch der Autoverkehr war sehr beeinträchtigt. Infolge des anhaltenden Schneefalles sind Drahtleitungen und Antennen vielfach gerissen. Die Schneepflüge der städtischen Straßenreinigung arbeiteten den ganzen Tag an der Freimachung der Straßen, die aber immer wieder neu eingeschneit wurden.

Im Rundfunk wurde ein Aufruf erlassen, es möchten sich am Montagfrüh 3000 Erwerbslose zum Schneeräumen melden. Im Eisenbahnverkehr gab es gleichfalls Störungen.

Aus den Gebirgsorten werden übereinstimmend ebenfalls ununterbrochene Schneefälle gemeldet. Von den Höhen werden Reuschneemengen von etwa 30-75 Zentimeter gemeldet. Der am Sonntagabend ausgegebene Wetterbericht des Reichswetterdienstes München kündigt für die nächsten Tage Frost an.

Italienisches Flugzeugunglück in Eritrea

Rom, 13. Januar. Auf dem Flugfeld bei Massaua ist am Samstagabend ein italienisches Bombenflugzeug mit drei Mann Besatzung bei einem gewöhnlichen Übungsflug aus unbekanntem Grund abgestürzt. Die Besatzung, die gleiche, die vor einigen Wochen den Mechaniker Birago verloren hatte, konnte vom Fallschirm nicht mehr Gebrauch machen und hat den Tod gefunden.

Gewaltige Erhöhungen der sowjetruss. Rüstungsausgaben

Ausschlusreiche Enthüllungen im Zentralkomitee Moskau, 13. Januar. Am Sonntagvormittag beteiligten sich an der Aussprache im Zentralkomitee auch einige der Roten Armee angehörende Mitglieder.

Der Vorsitzende des weißrussischen Verwaltungsbezirks erklärte im Verlauf seiner Ausführungen: „Falls die Japaner uns im Fernen Osten angreifen sollten, werden wir ihnen auf ihrem eigenen Boden ein Grab bereiten.“

Ein „Kommandeur“ aus Sowjetweißrußland erwähnte, daß der Heereshaushalt für das Jahr 1936 sechs Milliarden Rubel umfaßt hätte. Tatsächlich seien im Vorjahr jedoch für die Zwecke der Landesverteidigung 8 Milliarden Rubel aufgewendet worden.

Im Jahre 1936, so führte er weiter aus, würden 14 Milliarden Rubel für militärische Zwecke ausgegeben werden.

Diese von einem Redner, der jedoch der Roten Armee angehört, zunächst „unverbindlich“ mitgeteilten Ziffer enthüllt die bevorstehende Erhöhung des Heereshaushaltes der Sowjetunion auf 14 Milliarden Rubel, was nach dem neuen amtlichen Umrechnungsfaktor einem Betrage von 42 Milliarden französische Francs gleichkommen würde. Die amtliche Regierungserklärung über den Heereshaushalt für 1936, dessen „erhebliche Erhöhung“ bereits Molotow ankündigte, dürfte der Bericht des Finanzkommissars bringen.

Familien-Nachrichten

Gestorben

Schöndorff: Friedrich Stodinger, Baumwart, 35 J. a. Mittellal: Regine Bäuerle Wwe., 76 J. a.

Untermuschach: Fr. Schötle, Zimmermann, 84 J. a. Druck und Verlag: W. Rietler'sche Buchdruckerei in Altensteig, Hauptstr. 11. Ludwig Lauf, Anzeigenlt.: Gustav Wöhrlich, alle in Altensteig. D.N.: XII. 35: 2150. Jgt. Preis: 3 gültig.

Altensteig-Stadt

Zu dem am Mittwoch, den 15. ds. Mts. stattfindenden



Bieh- und Schweinemarkt

wird freundlichst eingeladen.

Der Bürgermeister.

Loise

des Winterhilfswerks des deutschen Volkes

Preis 50 Pfennig

Der Gewinn ist auf dem Los sofort ersichtlich.

Lose sind zu haben in der

Buchhandlung Lauk, Altensteig.

Hauptsache:

Ihre Drucksachen finden Beachtung.

Dies trifft zu, wenn sie in der bestens eingerichteten

Buchdruckerei Lauk

gedruckt werden.

Wir senden Ihnen gerne Muster und machen Ihnen auch Entwürfe.

Albert Bitzer

Maria Bitzer

geb. Schöhl

grüßen als Vermählte

Waldorf bei Nagold

Stollbeck/Hettingen Hohenzollern

11. Januar 1936

Omnibusfahrt nach Stuttgart

Mittwoch, 15. Januar

Abfahrt 7 Uhr vorm.

Anmeldung bei

Auto Halle Altensteig

Telefon 221

Butter-Papier

sowie

Weiß Einwickel-Papier

einfaltig glatt

empfiehlt die

Buchhandlung Lauk